

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 11

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Albert A. Stahel

DER KRIEG IN AFGHANISTAN

Die Drahtzieher und ihre strategischen Interessen

Trotz der Eroberung Kabuls Ende September und der Hinrichtung des letzten kommunistischen Präsidenten Afghanistans, *Najib*, durch die Taliban, die paschtunischen Religionsschüler, ist der Krieg in und um Afghanistan noch nicht beendet. Während die westlichen Medien die Tat der Taliban mit Abscheu verurteilen und dabei bewusst oder unbewusst übersehen, dass an den Händen dieses Kommunisten das Blut von Hunderttausenden unschuldigen Afghanen klebte – *Najib* war jahrelang Chef der Geheimpolizei und verantwortlich für unzählige Folterungen und Hinrichtungen –, sind die alten Freunde *Najibs* in Russland, im Norden Afghanistans und in Indien aufgeschreckt. Jahrelang haben die KGB-Chefs in Moskau *Najib* als ihren guten alten Freund bezeichnet. Zu diesen gehörte auch der frühere sowjetische Aussenminister *Schewardnase*. Er hatte 1989 in Anbetracht des sowjetischen Rückzugs versucht, *Najib* zum Verlassen Kabuls zu ermuntern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stehen in der Russischen Föderation aber weniger die alten Freundschaften im Vordergrund – *Najib* hat man auch in den Nachfolgeorganisationen des KGB seit längerer Zeit abgeschrieben – als die Gefährdung der eigenen Interessen als Folge des Vorstosses der Taliban. In Moskau herrscht die Befürchtung, der Einfluss auf die zentralasiatischen Republiken und damit die Ausbeutung der Rohstoffe Zentralasiens verloren gehen könnte. Erdöl und Erdgas könnten sehr bald ungehindert über Afghanistan an den Indischen Ozean und damit in die USA und Europa fliessen. Dies wiederum würde zu einem für Russland unerwünschten Reichtum der zentralasiatischen Republiken führen, was wiederum automatisch ihre politische Hinwendung zu den USA bewirken würde. Russland würde mit Sicherheit sein Glacis nach Südosten verlieren. Die Erfolge der Zaren und des bolschewistischen Generals *Frunse* sowie das Blut Tausender russischer Soldaten, Deportierter und Kolonisten hätten die gegenwärtigen Machthaber im Kreml für das nächste Jahrhundert verspielt. Der alte Traum früherer britischer Generalgouverneure und Vizekönige in Indien wäre Wirklichkeit geworden.

Auch der frühere kommunistische General *Najibs*, der Usbeke *Dostam*, ist in seiner durch «westliche» Journalisten für sicher beurteilten Stellung in Nordafghanistan aufgeschreckt. Nur schon wegen der Ermordung unzähliger Zivilisten durch seine Artillerie

1993 in den Kämpfen um Kabul, aber auch wegen seiner Mitwirkung am verbrecherischen Regime *Najibs* droht ihm aufgrund der Blutrache das gleiche Schicksal wie *Najib*: eine öffentliche Hinrichtung. Aber auch er ist nur eine Figur auf dem strategischen Schachbrett. Der eigentliche Drahtzieher hinter ihm ist der Präsident Usbekistans, *Karimow*. *Dostam* garantiert nicht nur die Erhaltung einer Pufferzone gegenüber dem islamischen Vorstoss aus Afghanistan, sondern auch die billige Ausbeutung der Erdgasfelder Afghanistans. Allerdings ist die Stellung von *Dostam* alles andere als sicher, und die Interessen von *Karimow* decken sich nicht eindeutig mit denjenigen der Führung in Moskau. Zum ersten ist das Machtgebiet von *Dostam* im Norden Afghanistans nicht nur durch Usbeken bevölkert, sondern weist eine grosse paschtunische Minderheit auf, deren Vorfäder Ende des letzten Jahrhunderts durch den damaligen Herrscher Afghanistans, den eisernen Emir *Abdur Rahman Khan*, in diese Region bewusst verpflanzt worden sind. Durch sie wollte der Emir die neuen Untertanen im Norden in die Knie zwingen. Ein weiteres Problem *Dostams* ist die Tatsache, dass seine Armee nichts anderes als die alte kommunistische Armee *Najibs* und keinesfalls eine rein usbekische Armee ist. Die ehemaligen kommunistischen Offiziere sind Paschtunen, Tadziken und Usbeken. Auch die Mannschaft weist keine einheitlich ethnische Zugehörigkeit auf. Solange es gewisse gemeinsame Interessen gibt – wie z. B. die Furcht vor der Blutrache und vor den Taliban – bleibt diese Armee zusammen. Andernfalls zerfällt sie. Des weiteren wäre *Karimow* eher an der Stärkung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen als zu Moskau interessiert. Erhält er von den USA genügend Sicherheiten für sein Überleben und gleichzeitig wirtschaftliche Zugeständnisse, dann wird er *Dostam* zur Zusammenarbeit mit den Taliban zwingen oder lässt ihn andernfalls fallen.

Ein weiterer Drahtzieher, der alarmiert wurde, ist Indien, das bis heute immer das jeweilige Regime in Kabul unterstützt hat. Das einzige Kriterium dabei war die Gegnerschaft des Regimes in Kabul zu Pakistan. Dies war bei *Rabbani* und *Massud* eindeutig der Fall. Beide haben aus ihrer Ablehnung gegenüber Islamabad nie ein Geheimnis gemacht. Das Regime von *Rabbani* wurde deshalb auch durch Indien mit Beratern und weiteren Mitteln unterstützt. Seit jeher ist auch der Sitz der afghanischen Fluggesellschaft

Ariana in Neu-Delhi. Die Möglichkeit aber, dass die Position Pakistans in Afghanistan durch die Eroberung der Taliban nicht nur gestärkt wurde, sondern Pakistan und die USA ungehindert die Rohstoffe Zentralasiens ausbeuten könnten, dürfte die indischen Machthaber in einen wahren Angst- und Schreckensrausch versetzt haben. Der Rivale auf dem indischen Subkontinent, den die Inder nach dem Ende des kalten Krieges geschwächt zu haben glaubten, könnte wirtschaftlich und politisch bald stärker als Indien werden. Die Hindus Indiens fürchten auf der Welt nichts so sehr als eine islamische Dominanz in ihrer Region. Jahrhundertelang wurden sie durch die moslemischen Moguls beherrscht.

Auch das Mullah-Regime in Teheran dürfte an einer starken Herrschaft der Taliban in Afghanistan, die unter dem Schutz Pakistans stehen würde, keine Freude haben. Die sunnitischen Pakistani an der eigenen Grenze und ein durch Pakistan unterstütztes Afghanistan dürften sicher nicht das Wunschbild der Iraner sein. Auch sie haben jahrhundertelang versucht, sich in Afghanistan festzusetzen, und über Afghanistan sind auch ihre Eroberungszüge nach Indien erfolgt.

Bis heute dürften Pakistan und die USA die lachenden Dritten über die Erfolge der Taliban sein. Die schnelle Bereitschaft der Pakistani, die Taliban-Regierung in Kabul anzuerkennen, und die Eile der Amerikaner zur Zusammenarbeit mit den Taliban spricht Bände. Während den vergangenen Jahren haben sowohl die USA als auch Pakistan über ihr Sprachrohr der Uno-Beauftragten in Afghanistan das Rabbani-Regime immer wieder hingehalten oder gar gemieden. Wenn möglich, hielten sich die Uno-Vertreter auch nie in Kabul, sondern in Pakistan auf. Ihre Residenz in Kabul, die sie übrigens nie als extraterritorial bezeichneten, wurde durch sie nur selten aufgesucht. Die logische Folge war die Schutzlosigkeit und Hinrichtung von Najib. Ein Vertreter der Uno liess sich 1995 im Gespräch mit Schweizern sogar zu der Bemerkung hinreissen, die Herrschaft der Tadjiken Rabbani und Massud über Kabul sei ein unnatürlicher Zustand. Kabul sei schon immer eine paschtunische Stadt gewesen.

Ob pakistanische Offiziere direkt die Einheiten der Taliban führen oder beraten, ist für die gegenwärtige Lage an und für sich irrelevant. Die Interessen der USA und Pakistans sind eindeutig: Sie bestimmen mit ihrer Unterstützung den Feldzug der Taliban. Primär wollen sie die Kontrolle über die Transitachse Kandahar-Herat nach Zentralasien und damit die Möglichkeit erlangen, die Rohstoffe Zentralasiens auszubeuten. Des weiteren will Pakistan mit einem Satellitenregime in Kabul endlich seine Westgrenze stabilisieren. Seit der Unabhängigkeit

Pakistans beanspruchen die jeweiligen Machthaber in Kabul die Gebiete Pakistans, die North-West Frontier Province und Teile Belutschistans. Während die erste Provinz in der Mehrheit durch Paschtunen bevölkert wird, stellen die Belutschen die Mehrheit in der zweiten Provinz dar. Beide Provinzen haben die Briten in den Kriegen mit den Emiren Afghanistans im letzten Jahrhundert erobert. Alle bisherigen Machthaber in Kabul haben auf diese Gebiete beharrt und immer wieder Anspruch erhoben. Dies traf auch für Najib zu. Ob die Taliban je auf diese Gebiete verzichten werden, wird die Zukunft zeigen. Die Herrscher Indiens haben diese Ansprüche immer wieder unterstützt, konnten sie doch dadurch Pakistan schwächen und möglicherweise den Zerfall des Gegners bewirken.

Welche Strategie dürften die verschiedenen Drahtzieher nach der Vertreibung des Rabbani-Regimes aus Kabul gewählt haben? Primär gilt es aus russischer, indischer, iranischer und usbekischer Sicht, die Taliban zu stoppen. Zu diesem Zweck haben die Drahtzieher Rabbani, Massud, den Schiitenführer *Abdul Karim Khalili* und Dostam zur Bildung einer losen Allianz gezwungen. Während Rabbani, Massud – deren politische Anhängerschaft hat sich in den Norden abgesetzt – und Khalili nicht nur um ihr Überleben kämpfen, sondern auch die Interessen Moskaus, Neu-Delhis und Teherans in Afghanistan vertreten, trifft dies für Dostam nicht in der gleichen Weise zu. Wohl muss auch er versuchen zu überleben, aber die Interessen seines Drahtziehers Karimow decken sich nicht unbedingt mit denjenigen der anderen Drahtzieher. Karimow dürfte bereit sein, die Seiten zu wechseln. Dies würde auch zu einem Seitenwechsel von Dostam führen, der 1993 in Kabul auch Massud bekriegt hat. Diese lose Allianz, die nur durch den schwachen gemeinsamen Nenner der zum gegenwärtigen Zeitpunkt herrschenden Interessen zusammengehalten wird, könnte sehr bald auseinanderbrechen. Die Interessen der russischen, indischen, iranischen und usbekischen Drahtzieher sowie die Machenschaften der USA und Pakistans dürften für die Fortsetzung des Krieges in Afghanistan verantwortlich sein. Dieser Krieg ist, im Gegensatz zur Zeit der sowjetischen Besetzung, seit 1992 kein Guerillakrieg mehr, sondern ein klassischer Krieg mit Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Ein Friede in Afghanistan ist trotz der kriegsmüden Bevölkerung nicht in Sicht. Die Zukunft des Landes ist nach wie vor ungewiss. Die afghanischen Kriegsherren werden weiterhin durch ihre Hintermänner aufgerüstet und in den Krieg geführt werden. Machtpolitik und strategische Interessen werden auch in der Zukunft das Schicksal dieser Welt bestimmen. ♦

Hans Rentsch

FÄLSCHE VERHALTENSANREIZE IM GESUNDHEITSWESEN

Ein führendes Mitglied des Zürcher Ärzteverbandes schrieb vor einiger Zeit in einem Zeitungsartikel¹, was wir auf den ersten Blick gerne glauben möchten: «Die Zürcher Ärzte wollen in erster Linie ihren Patienten dienen.» Immer wieder trifft man in Beiträgen von Ärzten zur Debatte über das kranke Gesundheitswesen auf solche ethische Selbstüberhöhung.

Wie wir aus Einkommensstatistiken wissen, ist der Dienst des Arztes nicht ganz uneigen-nützig. Und wo sich Dienen und Verdienen motivatorisch so schlecht trennen lassen, ist man zum beseren Verständnis der wirtschaftlichen Dynamik im Gesundheitswesen gut beraten, sich an die eigen-nützigen Antriebe zu halten. So hat auch der ungebremste Zulauf zu den medizinischen Fakultäten nicht nur mit dem Sinn nach Dienen zu tun. Ein beträchtlicher Anreiz entsteht ebenso durch die Kombination günstiger materieller Berufsaussichten mit einem weitgehend von der Allgemeinheit finanzierten Studium.

Was so gerne als Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient hochgelobt wird, entpuppt sich unter nüchternem Blick in vielen Fällen als systembedingte Komplizenschaft auf Kosten der anderen. Das Gefühl ist wohl jedem, der Leistungen des Gesundheitswesens beansprucht, geläufig. Im stillen Einverständnis schöpft man die Möglichkeiten der verfügbaren Gesundheitskapazitäten grosszügig aus. Für unser höchstes Gut, die Gesundheit, ist nur das Beste gut genug. Das heisst für die dominierende Schulmedizin: mehr Apparate, mehr Medikamente, auch wenn es überflüssig oder schädlich ist. Für den Arzt schafft diese Komplizenschaft Einkommen. Der Patient, der Versicherungsprämien als gegebene Kosten betrachtet, verbucht zusätzliche medizinische Betreuung als unentgeltlichen Nutzen.

Freie Arztwahl und echte Patientensouveränität

Im Lichte dieser latenten Komplizenschaft erhält auch die freie Arztwahl einen anderen Anstrich. Als suggerierte Patientensouveränität ist sie ein wesentliches Element der kostensteigernden Eigendynamik. Im Unterschied zum souveränen Konsumenten trägt aber der Patient nur einen geringen Teil der Kosten seiner Wahlhandlungen. Will der eine Arzt einen Patienten nicht als krank behandeln, geht er einfach zum nächsten oder übernächsten, bis er für seine Krankheit einen Komplizen gefunden hat.

Weil Ärzte trotz dieser Problematik fortfahren, die freie Arztwahl zu glorifizieren, ist diesem Dogma

eine Auffassung von echter Patientensouveränität entgegenzustellen. Wirkliche Wahlfreiheit besteht darin, unter Berücksichtigung der Folgen frei wählen zu können, ob man die freie Arztwahl will oder nicht. Sind die Kostenfolgen für mich günstig, bin ich vielleicht bereit, mich in meiner Wahlfreiheit einzuschränken. Und solch umfassende Patientensouveränität bietet nur ein Gesundheitswesen, in dem Innovationen und Angebotsvielfalt nicht staatlich oder standespolitisch behindert, sondern durch möglichst viel Markt und Wettbewerb gefördert werden.

Kostensteigerung dank medizinischen Fortschritten?

In allen Bereichen der Gesellschaft, wo es um wirtschaftliche Leistungen geht, hat technologischer Fortschritt in der Regel zu kostengünstigeren Produktionsweisen geführt. Wieso ausgerechnet im Gesundheitswesen nicht? Das hängt unter anderem mit dem Irrglauben zusammen, Gesundheitsleistungen liessen sich nicht unter marktwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen erbringen. Dass etwa das Spitalwesen vorwiegend in staatlicher Hand sein müsse, haben viele längst verinnerlicht. Selbst wenn uns das planwirtschaftliche Produktionsverhalten der staatlichen Anbieter teilweise groteske Überkapazitäten beschert, ist im breiteren Publikum der Glaube an den Segen staatlicher Gesundheitsleistungen ungebrochen. Dabei ist klar, dass unter marktwirtschaftlichen Produktionsbedingungen kostspielige Überkapazitäten in diesem Ausmass gar nicht entstehen könnten, weil ein wirtschaftlicher Druck zu einer marktgerechten Kapazitätsplanung bestünde.

Die wirklichen Ursachen der anhaltenden Kostensteigerungen im Gesundheitswesen liegen hinter den Stichworten verborgen, die in öffentlichen Diskussionen gerne so ausgedrückt werden: Die Anspruchshaltung der Patienten und der Behandlungswildwuchs der Leistungserbringer. Diese verurteilende Problemformulierung ist typisch für die öffentliche Debatte. Es wird individuelles Verhalten kritisiert, obwohl dieses Verhalten das logische Ergebnis

falscher Verhaltensanreize ist. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Die Individuen, Anbieter und Nachfrager, verhalten sich gemäss ihrer Interessenslage vernünftig, aber mit falschen Anreizstrukturen wird das Ergebnis im Gesamtsystem unsinnig. Ein Patient, der seine Versicherungsprämien als gegeben annimmt, wird mit der Beanspruchung von Gesundheitsleistungen nicht zurückhalten, denn er belastet damit vorwiegend Tausende von für ihn anonymen Mitversicherten. Und da Ärzte und Spitäler, verbündet mit einer kostenindifferenten Kundschaft, die Nachfrage nach ihren Leistungen wesentlich mitbestimmen, sind grosse Kostensteigerungen und volkswirtschaftliche Verschwendungen unvermeidlich. Das System scheitert an der permanenten moralischen Überforderung der Beteiligten.

Die Diskussion um Gesundheitskosten könnte nur gewinnen, wenn man einsehen würde, dass die beteiligten Menschen nicht zu höherer Moral zu erziehen sind, solange solches Verhalten im Widerspruch zu ihren materiellen Interessen steht. Statt Menschen ändern zu wollen, sollten wir die Strukturen und Institutionen ändern, die das menschliche Verhalten steuern. Stichworte dazu finden sich ansatzweise auch in Verlautbarungen von Ärzten, etwa eine höhere Selbstbeteiligung der Patienten. Aber bereits bei der wohlfeilen Forderung nach mehr ambulanter statt stationärer Pflege befinden wir uns wieder auf dem fruchtlosen Feld moralischer Appelle. Denn wenn es, wie von Standesvertretern der Ärzte gerne angeprangert, für die Krankenkassen bisher günstiger war, Patienten in subventionierten Spitalbetten statt ambulant behandeln zu lassen, liegt der Fehler wiederum im kontraproduktiven Vergütungssystem mit seinen falschen Verhaltensanreizen und nicht bei böswilligen Krankenkassenverwaltern.

Wer sind die Anwälte der Patienten?

Ärztevertreter stellen die heutige Konstellation im Gesundheitswesen gerne so dar, wie wenn der Arzt als Anwalt des hilflosen und überforderten Patienten gegen die bösen Krankenkassen auftreten müsse, die den Patienten mit unehrlichen Angeboten ködern und seine Freiheit beschränken wollen. Diese Sicht ist zumindest einseitig. Eine freie Wahl kann nur dort stattfinden, wo es keine Vormachtstellungen gibt. Den Interessen der Ärzte muss als kontrollierendes Gegengewicht das Interesse der Krankenkassen gegenüberstehen. Deren Verhalten wird auf einem Wettbewerbsmarkt mit Wahlfreiheit der Versicherten von diesen kontrolliert. Die Bedeutung der Krankenkassen nimmt zu, da die finanziellen Gesamtbelastungen immer klarer bei ihnen sichtbar werden. Sie haben daher auch die Rolle als Anwälte des Gesamtsystems zu übernehmen. Aufgrund ihres

statistischen Datenmaterials sind sie in der Lage, die Qualität und die Quantität sowie das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Gesundheitsleistungen der Akteure zu erfassen und im Hinblick auf eine Verbesserung zu beeinflussen.

Grosse Gefahr: Zu zaghafte Reformen im Gesundheitswesen

Dass Liberalisierung und Deregulierung in unserem von planwirtschaftlichen und bürokratischen Fesseln behinderten Gesundheitswesen trotz höchster Dringlichkeit nicht zügig vorwärts kommen, hat zwei Hauptgründe. Erstens ist der Irrglaube noch weit verbreitet, Gesundheitsleistungen liessen sich nicht weitgehend privat und unter Wettbewerbsbedingungen erbringen. Zweitens aber ist unsere Gesundheitspolitik, wie viele andere Politikbereiche, ausgeprägt von Anbieterinteressen gesteuert. Kartellistische Interessengruppen stemmen sich, im Verein mit regulierenden Behörden, gegen echte Reformen. Zudem betrachtet man bei uns immer noch Ärzte als Fachleute für Reformen im Gesundheitswesen. Das ist mindestens so falsch wie die Ansicht, ein kompetenter Arzt sei automatisch ein guter Spitalmanager. Experten für Systemreformen für ganze Sektoren der Volkswirtschaft, wo es um institutionelle Innovation und die Setzung richtiger Anreize zur volkswirtschaftlich sinnvollen Steuerung menschlichen Verhaltens geht, sind Sozialwissenschaftler, unter anderen Ökonomen. Leider sind deren Vorschläge in einem korporatistischen System, das die Interessenwahrung der Anbieter institutionell derart bevorzugt wie die Schweizer Verbandsdemokratie, in der Regel «politisch nicht machbar». Was die Verdrängung ökonomischer Erkenntnisse durch die Politik langfristig für Folgen verspricht, zeigt etwa, mit einigen Jahren Vorsprung auf das Gesundheitswesen und in harmloseren Milliardenbeträgen, die volkswirtschaftlich kostspielige Anpassungskrise der Landwirtschaft: ein abschreckendes Muster perfektionierter eidgenössischer Planwirtschaft, deren widersinnige Anreizstrukturen, wie von Ökonomen seit Jahrzehnten vergeblich vorausgesagt, zwingend zum Scheitern führen mussten. ♦

¹ Walter Grete: «Wege und Irrwege in der Krankenversicherung», «NZZ» Nr. 42 vom 20. Februar 1995.

HANS RENTSCH, 1943 geboren, studierte Betriebs- und Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern. 1973 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Bern. Ab 1978 Selbständiger Wirtschaftsberater in den Bereichen Strategie, Planung, Controlling, Führung, Organisation. Ab 1983 Leiter des FWS Forschungsinstituts für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Zug.

Michael Wirth

GROSSZÜGIGE GESTEN UND KLEINLICHE KRITIK

Monument Basler Mäzenatentums: das neue Tinguely-Museum

Zum 100. Geburtstag der F. Hoffmann-La Roche liess die Jubiläumsstiftung des Pharma-Konzerns *Mario Botta* ein *Tinguely-Museum* im Basler Solitude-Park errichten. Ausgestellt werden in der Mehrzahl Werke, die sich bei Tinguelys Tod in einer alten Flaschenfabrik in La Verrerie FR befanden. Die Haupterin, Tinguelys Witwe *Niki de Saint Phalle*, hat sie der Stiftung geschenkt. Basler Freunde, wie der Dirigent *Paul Sacher*, ergänzten die Sammlung grosszügig mit weiteren Schenkungen. In der beeindruckenden fünfschiffigen Ausstellungshalle aus Elsässischem Sandstein am Ufer des Rheins geben Reliefs, kinetische Konstruktionen und Arbeiten auf Papier aus den letzten vierzig Jahren einen in dieser Form einzigartigen Überblick über das Schaffen eines der international angesehensten schweizerischen Künstlers dieses Jahrhunderts. Doch die grosszügige Geste Niki de Saint Phalles stiess auf unverständlichen Widerspruch.

Tinguely selbst habe, so ist von einigen seiner Freunde, den Bildhauern *Bernhard Luginbühl* und *Daniel Spoerri*, unter anderem zu hören, immer daran gedacht, im freiburgischen La Verrerie ein «Anti-Museum» zu errichten, in dem seine Maschinen-skulpturen nach seinem Tod ausgestellt werden sollten. Dort wäre auch für ihre – Luginbühs und Spoerris – Werke Platz gewesen. Luginbühs und Spoerris Enttäuschung mag gross sein. Befremdend mutet hingegen an, wie hartnäckig sich der anachronistische Begegnung des «Anti-Museums» hält, wie kämpferisch er klingt. Dabei ist in Tinguelys Testament von ihm überhaupt keine Rede mehr. Alte Feindbilder tauchen auf, in die Nase steigt wieder der Pulverdampf der späten sechziger Jahre, da vor der Bourgeoisie gewarnt wurde, welche die Kunst für ihre Zwecke vereinahmen oder ihr die Flügel stutzen wolle. Deutlich wird: In einer Zeit, da die Kassen der öffentlichen Hand leer sind, wird der Ruf nach Mäzenatentum zwar immer lauter, doch bezweifelt werden muss, ob die, die es fordern, es auch wirklich wollen?

Unbestritten ist Tinguelys Abneigung gegen Institutionalisierung und Verbürgerlichung der Kunst als Ausstellungsstück in einem Museum. Wer erinnert sich nicht an die geradezu diebische Freude, mit der Tinguely im ehrwürdigen Palazzo Grassi in Venedig vor den Augen der Fiat-Chefs seinen postindustriel-

len Schrott ausbreitete. Keine Frage – die fröhliche Mechanik von Tinguelys unbrauchbaren Maschinen ist ein einziger grosser Schlag gegen die anmassende Effizienz-Gebärde unserer modernen Lebensorganisation. Doch hat Tinguely der sich selbst erteilte Auftrag zu provozieren nicht blind gemacht für andere Lebens- und Kunstformen. Sein Leben lang suchte und fand er die Freundschaft von Menschen, deren Kunstverständnis er nicht teilte. Auch ihnen hörte er zu, auch bei ihnen holte er sich Rat, und wahrscheinlich ist es gerade dieses Fehlen von Berührungsängsten, das Tinguely nun jene vorwerfen, die gegen das Basler Museum Front machen. Nach vielen Gesprächen mit Paul Sacher, für dessen 1989 verstorbene Frau *Maya* der Künstler so manche Auftragsarbeit geschaffen hatte, war Tinguely 1991 bewusst geworden, dass die alte Flaschenfabrik La Verrerie auf lange Sicht kaum der geeignete Raum sein würde, um seinen fragilen Apparaturen ein Überleben zu sichern und sie der Nachwelt zugänglich zu machen. Gerade das aber war Jean Tinguelys Wille. Den vermeintlichen Verrat hätte dann eigentlich nicht Niki de Saint Phalle am Testament des Künstlers begangen, sondern Tinguely an der sich penetrant haltenden Ästhetik des «Anti» einiger seiner Freunde und Museumsgegner, nach der ein Künstler seine Verbündeten nicht frei wählen kann. Dass dieses Museum jedoch in Basel gebaut wurde, hat Tinguely den Abschied von La Verrerie erleichtert, war die Stadt am Rheinknie doch die Stadt seiner Jugend, und, vielleicht wichtiger, die erste, die seine Arbeit anerkannt hat. Auf die historische Bedeutung der frühneuzeitlichen Kunst Basels, seiner grossen Humanisten wie auch seiner «danses macabres» für das Geistesleben Europas und das künstlerische Anliegen Tinguelys wird man spätestens im Untergeschoss des Museums aufmerksam, wo Tinguelys mechanische Totentänze die Botschaft des «carpe diem», der uneingeschränkten Lebensbejahung ihres Schöpfers, übermitteln. Und wenn es denn um die Substanz der Kunst selbst geht, verrät Tinguely, was seine Existenz so schillernd macht: der Reflex der Überzeugung, dass auch die unkonventionellste Form künstlerischen Schaffens ihre Wurzeln hat, irgendwo in der Geschichte, in der ganz persönlichen Lebensgeschichte. ♦